

21.11.2013

Beschlussempfehlung und Bericht

des Haushalts- und Finanzausschusses

zu dem Gesetzentwurf
der Landesregierung
- Drucksachen 16/3800 und 16/4300 (Ergänzung) -

2. Lesung

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2014 (Haushaltsgesetz 2014)

Einzelplan 04 - Justizministerium

Berichterstatter

Abgeordneter Dirk Wedel

Beschlussempfehlung

Der Entwurf des Einzelplans 04 wird in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses angenommen.

Datum des Originals: 21.11.2013/Ausgegeben: 25.11.2013

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Bericht

A Beratungsergebnis des Fachausschusses

Der Entwurf des Einzelplans 04 wurde vom

- Rechtsausschuss Vorlage 16/1379

beraten. Zum Haushaltsentwurf 2014, Einzelplan 04, lag der Erläuterungsband Vorlage 16/1119 bei den Beratungen vor.

Der Rechtsausschuss hat den Einzelplan 04 in seiner Sitzung am 20. November 2013 abschließend beraten und abgestimmt. Sieben Änderungsanträge wurden von den Koalitionsfraktionen gestellt und mehrheitlich angenommen. Der so veränderte Einzelplan 04 wurde mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP sowie der PIRATEN angenommen.

B Beratungsergebnisse der Berichterstatter des Haushalts- und Finanzausschusses

Die Berichterstatter des Haushalts- und Finanzausschusses haben sich mit dem Entwurf des Einzelplans 04 befasst. Das Ergebnis der Beratungen ergibt sich aus der Vorlage 16/1263.

C Abschließende Beratung im Haushalts- und Finanzausschuss

Das für alle Einzelpläne zusammengefasste Ergebnis der Beratungen des Personaletats im Unterausschuss "Personal" ist der Vorlage 16/1370 zu entnehmen. Änderungsanträge lagen zu den Schlussberatungen des Unterausschusses „Personal“ nicht vor. Der Personaletat des Einzelplans 04 wurde mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und PIRATEN angenommen.

Die Beratungen zu diesem Bereich des Haushalts im Haushalts- und Finanzausschuss sind in dem Bericht zum Entwurf des Haushaltsgesetzes 2014 - Drucksache 16/4400 - zu entnehmen.

Das Ergebnis der Beratungen einzelplanübergreifender Anträge ist in dem Bericht zum Einzelplan 20 - Drucksache 16/4420 - dargestellt.

Der Haushalts- und Finanzausschuss hat sich am 21. November 2013 abschließend mit dem Entwurf des Einzelplans 04 befasst. In der abschließenden Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses lagen die bereits im Rechtsausschuss gestellten sieben Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen zur Abstimmung vor. Das Votum des Rechtsausschusses war in der Tischvorlage zur Abstimmung dargestellt. Alle Änderungsanträge wurden mehrheitlich angenommen. Das Abstimmungsverhalten ergibt sich aus dem Anhang.

D Gesamtabstimmung

In der Gesamtabstimmung wurde der so veränderte Entwurf des Einzelplans 04 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP sowie PIRATEN **angenommen**.

Christian Möbius
Vorsitzender

Anhang: 7 Änderungsanträge der Fraktionen von SPD und GRÜNEN

Anlage: Veränderungsnachweis des Finanzministeriums
Änderungen in den Haushaltsansätzen

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 04
im Rechtsausschuss
zum Haushaltsgesetz 2014**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																																
2	SPD GRÜNE	<p>Kapitel 04 020 Allgemeine Bewilligungen</p> <p>Titel 547 10 Ausgaben für die Sicherung der Gerichte und Staatsanwaltschaften</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;">2014</td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 40%; text-align: right;">Ansatz lt. HH2013</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">1.100.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">1.040.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">210.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">890.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Die Sicherung der Gerichte und Staatsanwaltschaften soll sukzessive durch eigene beamtete Kräfte des einfachen Dienstes erfolgen. Parallel entfällt der Einsatz von Mitarbeitern externer Bewachungsunternehmen. Daher ist eine Reduzierung des Baransatzes um 210.000 Euro zur Gegenfinanzierung der Aufwendungen für die neu einzustellenden eigenen Kräfte vorzusehen. Die Gegenfinanzierung betrifft 4 zusätzliche Planstellen der BesGr. A 4 im Kapitel 04 210 und 3 im Kapitel 04 240.</p>	2014		Ansatz lt. HH2013	von	1.100.000 Euro	1.040.000 Euro	um	210.000 Euro		auf	890.000 Euro		<p>angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>SPD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>CDU</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>PIRATEN</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> </table> <p>Votum des RA (Sitzung am 20.11.2013) Vorlage 16/1379</p> <p>angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>SPD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>CDU</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>PIRATEN</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> </table>	SPD	ja	CDU	nein	GRÜNE	ja	FDP	nein	PIRATEN	ja	SPD	ja	CDU	nein	GRÜNE	ja	FDP	nein	PIRATEN	ja
2014		Ansatz lt. HH2013																																	
von	1.100.000 Euro	1.040.000 Euro																																	
um	210.000 Euro																																		
auf	890.000 Euro																																		
SPD	ja																																		
CDU	nein																																		
GRÜNE	ja																																		
FDP	nein																																		
PIRATEN	ja																																		
SPD	ja																																		
CDU	nein																																		
GRÜNE	ja																																		
FDP	nein																																		
PIRATEN	ja																																		

Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 04
im Rechtsausschuss
zum Haushaltsgesetz 2014

Personalhaushalt

3	SPD GRÜNE	<p>Kapitel 04 210 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften</p> <p>Titel 422 01 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter</p> <p>Die Zahl der Planstellen der BesGr. A 4 wird von 604 um 4 auf 608 erhöht.</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p>	<p style="text-align: right;">angenommen</p> <p>SPD ja CDU nein GRÜNE ja FDP nein PIRATEN ja</p> <p>Votum des RA (Sitzung am 20.11.2013) Vorlage 16/1379</p> <p style="text-align: right;">angenommen</p> <p>SPD ja CDU nein GRÜNE ja FDP nein PIRATEN ja</p>
		<p>2014</p> <p>von 668.883.100 Euro</p> <p>um 120.000 Euro</p> <p>auf 669.003.100 Euro</p>	<p>Ansatz lt. HH 2013</p> <p>650.713.700 Euro</p>
		<p><u>Begründung:</u> Die Eingangskontrolle in der Arbeitsgerichtsbarkeit soll zukünftig nur durch eigenes, unbefristet beschäftigtes Personal wahrgenommen werden. Im Hinblick auf ihre geringe Größe werden die Arbeitsgerichte dabei regelmäßig nur mit einer Stelle des Justizwachtmeisterdienstes ausgestattet. Die Vertretung der Justizwachtmeister/Justizwachtmeisterinnen müssen aus organisatorischen Gründen die an den jeweiligen Orten ansässigen Land- oder Amtsgerichte übernehmen. Zur Wahrnehmung dieser Aufgabe ist die Einrichtung von weiteren 4 Planstellen des Justizwachtmeisterdienstes (Justizhauptwachtmeister/Justizhauptwachtmeisterin - BesGr. A 4) erforderlich.</p>	

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 04
im Rechtsausschuss
zum Haushaltsgesetz 2014**

Personalhaushalt

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag- steller (Fraktion/ en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungs- ergebnis																																
4	SPD GRÜNE	<p>Kapitel 04 240 Landesarbeitsgerichte und Arbeitsgerichte Titel 422 01 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter</p> <p>Die Zahl der Planstellen der BesGr. A 4 wird von 5 um 12 auf 17 erhöht. Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;">2014</td> <td style="text-align: right;">Ansatz lt. HH 2013</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">18.784.800 Euro</td> <td style="text-align: right;">19.112.400 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">360.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">19.144.800 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><u>Begründung:</u> Angesichts der besonderen Bedeutung der körperlichen Unversehrtheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Justiz und der rechtsuchenden Bevölkerung ist es erforderlich, die hoheitliche Aufgabe der Eingangssicherung auch in der Arbeitsgerichtsbarkeit durch eigenes, unbefristet beschäftigtes Personal zu übernehmen. Bedienstete mit langjährigen Erfahrungen bei der Eingangssicherung und internen Kenntnissen der gerichtlichen Abläufe sind wesentlich besser geeignet, etwaige Gefahrensituationen zu erkennen und entsprechend zu handeln. Um eine flächendeckende Ausstattung der Arbeitsgerichtsbarkeit mit eigenem Personal zu erreichen, ist die Einrichtung von weiteren 12 Planstellen des Justizhauptwachmeisterdienstes (Justizhauptwachmeister/ Justizhauptwachmeisterin - BesGr. A 4) erforderlich.</p>		2014	Ansatz lt. HH 2013	von	18.784.800 Euro	19.112.400 Euro	um	360.000 Euro		auf	19.144.800 Euro		<p>angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>SPD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>CDU</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>PIRATEN</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> </table> <p>Votum des RA (Sitzung am 20.11.2013) Vorlage 16/1379</p> <p>angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>SPD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>CDU</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>PIRATEN</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> </table>	SPD	ja	CDU	nein	GRÜNE	ja	FDP	nein	PIRATEN	ja	SPD	ja	CDU	nein	GRÜNE	ja	FDP	nein	PIRATEN	ja
	2014	Ansatz lt. HH 2013																																	
von	18.784.800 Euro	19.112.400 Euro																																	
um	360.000 Euro																																		
auf	19.144.800 Euro																																		
SPD	ja																																		
CDU	nein																																		
GRÜNE	ja																																		
FDP	nein																																		
PIRATEN	ja																																		
SPD	ja																																		
CDU	nein																																		
GRÜNE	ja																																		
FDP	nein																																		
PIRATEN	ja																																		

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 04
im Rechtsausschuss
zum Haushaltsgesetz 2014**

Personalhaushalt

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag- steller (Fraktion/ en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungs- ergebnis
5	SPD GRÜNE	<p>Kapitel 04 240 Landesarbeitsgerichte und Arbeitsgerichte</p> <p>Titel 427 01 Entgelte für Aushilfen</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <p style="text-align: center;">2014 Ansatz lt. HH 2013</p> <p>von 286.100 Euro 376.100 Euro um 270.000 Euro auf 16.100 Euro</p> <p><u>Begründung:</u> Die hoheitliche Aufgabe der Eingangssicherung soll in der Arbeitsgerichtsbarkeit flächendeckend durch eigenes, unbefristet beschäftigtes Personal übernommen werden. Zur Gegenfinanzierung von 9 der für diesen Zweck in der Arbeitsgerichtsbarkeit einzurichtenden 12 Planstellen des Justizwachtmeisterdienstes wird der Ansatz bei den Entgelten für Aushilfen um 270.000 € reduziert.</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU nein GRÜNE ja FDP nein PIRATEN ja</p> <p>Votum des RA (Sitzung am 20.11.2013) Vorlage 16/1379</p> <p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU nein GRÜNE ja FDP nein PIRATEN ja</p>

Änderungen im Entwurf des Haushaltsplans 2014

Einzelplan 04: Justizministerium

Anlage 1: Änderungen bei den Haushaltsansätzen

Anlage 2: Änderungen in den Stellenplänen und Stellenübersichten

Einzelplan 04: Justizministerium**Anlage 1: Änderungen bei den Haushaltsansätzen**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf (Stand: Ergänzung) EUR	mehr/ weniger EUR	neuer Ansatz EUR
04 020 547 10	Allgemeine Bewilligungen Ausgaben für die Sicherung der Gerichte und Staatsanwaltschaften	1.100.000	-210.000	890.000
04 210 422 01	Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter	668.883.100	120.000	669.003.100
04 240 422 01	Landesarbeitsgerichte und Arbeitsgerichte Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter	18.784.800	360.000	19.144.800
04 240 427 01	Landesarbeitsgerichte und Arbeitsgerichte Entgelte für Aushilfen	286.100	-270.000	16.100
04 250 422 01	Landessozialgericht und Sozialgerichte Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter	25.683.900	120.000	25.803.900
04 250 427 01	Landessozialgericht und Sozialgerichte Entgelte für Aushilfen	518.100	-120.000	398.100
<u>Abschluss Einzelplan 04:</u>				
	Einnahmen:	1.149.141.500	0	1.149.141.500
	Ausgaben:	3.796.955.000	0	3.796.955.000
	Verpflichtungsermächtigungen:	55.770.500	0	55.770.500

Einzelplan 04: Justizministerium**Anlage 2: Änderungen in den Stellenplänen und Stellenübersichten**

BesGr. EG	Kapitel und Titel Bezeichnung der Stelle und Haushaltsvermerke (Änderungen sind unterstrichen)	Stellenzahl nach dem Entwurf (Stand: Ergänzung)	mehr/ weniger	Stellenzahl neu
	Kapitel 04 020 Allgemeine Bewilligungen Haushaltsvermerk Nr. 2 zu den Personalausgaben erhält folgende Fassung: 2. 12 (18) Planstellen/Stellen des Einzelplans - ausgenommen die Fachbereiche (alle Bereiche außer den Verwaltungsbereichen) der Kapitel 04 210 bis 04 410 - sind kw - 1,5 %-ige Stelleneinsparung -, davon - (6) ab 01.01.2012 und 12 (12) zum 31.12.2017			
A 4	Kapitel 04 210 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften Titel 422 01 Justizhauptwachmeister/Justizhauptwachmeisterin	604	4	608
A 4	Kapitel 04 240 Landesarbeitsgerichte und Arbeitsgerichte Titel 422 01 Justizhauptwachmeister/Justizhauptwachmeisterin	5	12	17
A4	Kapitel 04 250 Landessozialgericht und Sozialgerichte Titel 422 01 Amtsmeister/Amtsmeisterin Justizhauptwachmeister/Justizhauptwachmeisterin	4	4	8
	<u>Personalabschluss Einzelplan 04:</u>			
	Planstellen:	24.940	20	24.960
	Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer:	7.326	0	7.326
	Summe:	32.266	20	32.286